

Auslageexemplar
Veröffentlichung Entwurf nach § 3 Abs.
BauGB

Die öffentliche Auslegung ist erfolgt

vom 16.07.2025 bis 19.08.2025

Ziesar, den _____

K. Gericke
Amtdirektor

Stadt Ziesar

Bebauungsplan „Solarpark Köpernitz Süd-West“

Landkreis Potsdam-Mittelmark, Land Brandenburg

Artenschutzfachbeitrag

Entwurf

Oktober 2023

Erarbeitet von

STEINBRECHER u. PARTNER
Ingenieurgesellschaft mbH

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINFÜHRUNG	2
1.1	Anlass und Aufgabenstellung	2
1.2	Rechtliche Grundlagen	2
1.3	Methodik der artenschutzfachlichen Behandlung	3
1.3.1	Ermittlung der artenschutzfachlich relevanten Arten (Relevanzprüfung)	3
1.3.2	Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und A _{CEF} /FCS-Maßnahmen	4
1.3.3	Prüfung auf Vorliegen artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände / Abwendung	5
1.3.4	Voraussetzungen für eine Ausnahme gem. § 45 BNatSchG	5
2	STANDORTBEZOGENE AUSSAGEN UND WIRKFAKTOREN DES VORHABENS	6
2.1	Bestandserfassung Biotop- und Nutzungstypen	6
2.2	Kurzbeschreibung des Vorhabens	6
2.3	Vorhabensbezogene Wirkfaktoren	7
3	ARTVORKOMMEN IM EINGRIFFSRAUM	8
4	ARTENSCHUTZFACHLICHE BEHANDLUNG	9
4.1	Ermittlung der artenschutzfachlich relevanten Arten	9
4.2	Einbeziehung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen	9
4.2.1	Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Wahrung der Funktion der Lebensstätten	9
4.2.2	Artspezifische Maßnahmen	10
4.2.3	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen der Eingriffsregelung	11
4.3	Prüfung auf artenschutzrechtliche Schädigungs- und Störungsverbote / Abwendung	11
4.3.1	Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot)	11
4.3.2	Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Störungsverbot)	12
4.3.3	Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Beschädigungsverbot)	12
4.3.4	Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG (Beschädigungsverbot Pflanzen)	12
4.4	Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 (7) BNatSchG	13
5	ZUSAMMENFASSUNG	14
6	LITERATUR UND QUELLEN	15

ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage 1	Prüfung / Abwendung der Verbotstatbestände artenschutzfachlich relevanter Arten / Artengruppen
----------	--

1 Einführung

1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Stadt Ziesar beabsichtigt zur Ausweisung von Flächen für Sondergebiets-flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) die Aufstellung eines Bebauungsplans gemäß §9 BauGB.

Hierzu wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Solarpark Köpernitz Süd-West“ gefasst. Der ca. 128 ha große Geltungsbereich liegt im Südwesten des Ortsteils Köpernitz und umfasst im Wesentlichen Ackerflächen. Die Gemeinde möchte mit der geplanten Ausweisung, i.S.d. der europäischen und regionalen Energiepolitik, der Bedeutung von Photovoltaikanlagen zur regenerativen Energiegewinnung gerecht werden.

Ausführliche Aussagen und städtebauliche Ziele des Bebauungsplanes sind in der Begründung (Teil I) zum Bebauungsplan dargelegt.

Um zu prüfen, inwieweit das Vorhaben erhebliche negative Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Arten hat, ist eine artenschutzrechtliche Behandlung gem. §§ 37 ff. BNatSchG erforderlich. In dem hier vorgelegten artenschutzrechtlichen Fachbeitrag wird geprüft, inwieweit die Verbotstatbestände des § 44 (1) Nr. 1–4 BNatSchG mit Umsetzung des Vorhabens betroffen sein könnten.

1.2 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlagen des Artenschutzes finden sich insbesondere in Richtlinien der Europäischen Union und sind damit in Europa weitgehend vereinheitlicht. Insbesondere sind die Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-RL)¹, die Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 02.04.1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-Richtlinie)² sowie das Washingtoner Artenschutzabkommen von Bedeutung. Damit wurde durch die Europäische Union ein abgestuftes Schutzregime für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten vorgeschrieben.

In den o. g. Richtlinien sind die Mitgliedstaaten verpflichtet worden, die europäischen Regelungen innerhalb bestimmter Fristen in nationales Recht umzusetzen. Um dieser Pflicht zu genügen, ist in der Bundesrepublik Deutschland das BNatSchG 2007 novelliert worden.

Die artenschutzrechtlichen Regelungen hat der Gesetzgeber in den §§ 37 ff. BNatSchG getroffen. Diese Regelungen sind abweichungsfest, das BNatSchG stellt unmittelbar anzuwendendes Recht dar. Der besondere Artenschutz unterliegt den Vorgaben der §§ 44 ff. BNatSchG.

Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es unter anderem verboten,

- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (Nr. 1, TÖTUNGSVERBOT)
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert (Nr. 2, STÖRUNGSVERBOT),
- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (Nr. 3, BESCHÄDIGUNGSVERBOT LEBENSSTÄTTEN)
- wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Nr. 4, BESCHÄDIGUNGSVERBOT PFLANZEN).

¹ Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206/7 vom 22.7.92), zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105 EG des Rates vom 20.11.2006 (Amtsblatt der EU L 363, S. 368 ff.).

² Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.04.1979), zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105 EG des Rates vom 20.11.2006 (Amtsblatt der EU L 363, S. 368 ff.).

Die Besitz- und Vermarktungsverbote gem. § 44 Abs. 2 weisen bei Eingriffsvorhaben keine Relevanz auf und bleiben hier unberücksichtigt.

1.3 Methodik der artenschutzfachlichen Behandlung

Zulassungsvoraussetzung für ein Vorhaben ist die Prüfung, inwieweit das Vorhaben bzw. der Plan erhebliche negative Auswirkungen auf besonders geschützte Arten durch Störung ihrer Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten und/oder durch Belästigung, Verletzung bzw. Tötung / Zerstörung der Habitate ausüben kann.

Im Rahmen der artenschutzfachlichen Behandlung sind folgende Arbeitsschritte durchzuführen:

1. die Ermittlung der artenschutzfachlich relevanten Arten
2. Prüfung auf Vorliegen eines Verbotstatbestandes für jede relevante Art
3. bei drohendem Verstoß gegen ein oder mehrere Verbote erfolgt die Prüfung, ob das drohende Verbot i.V.m. § 44 Abs. 5 abgewendet werden kann (Abwendung),
4. sofern eine Abwendung nicht greift und ein Verstoß gegen ein Gebot zu erwarten ist, sind die Rechtsfolgen für das Vorhaben zu ermitteln
5. Prüfung inwieweit eine Ausnahme gemäß § 45 (7) BNatSchG möglich ist oder die Voraussetzungen für eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG gegeben sind.

Die Entscheidung über die Erteilung einer Ausnahme oder einer Befreiung trifft die zuständige Naturschutzbehörde.

1.3.1 Ermittlung der artenschutzfachlich relevanten Arten (Relevanzprüfung)

Aus dem Zusammenwirken von § 44 Abs. 5 Sätze 2 und 5 BNatSchG folgt, dass aktuell nur die Arten nach **Anhang IV der FFH-Richtlinie** und die **europäischen Vogelarten** den Zugriffsverboten gemäß § 44 Abs. 1 unterliegen. Alle weiteren im Untersuchungsgebiet vorkommenden Arten werden i.R.d. Eingriffsregelung betrachtet.

Das zu betrachtende Artenspektrum soll in der Relevanzprüfung auf die Arten nach Anhang IV der FFH-RL sowie europäische Vogelarten und in ihrem Bestand gefährdete Arten, für die die Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße verantwortlich ist, reduziert werden, die im Untersuchungsraum vorkommen und für die eine Beeinträchtigung i.S.d. Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG von vornherein nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.

Arten, für die eine Betroffenheit hinsichtlich der Verbotstatbestände mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann, werden keiner artenschutzfachlichen Prüfung unterzogen. Dies betrifft Arten,

- die gemäß der Roten Liste ausgestorben oder verschollen sind,
- die nachgewiesenermaßen im Naturraum nicht vorkommen,
- die aufgrund ihrer Lebensraumansprüche und der vorhandenen Habitatstrukturen im Wirkraum des Vorhabens nicht vorkommen können und
- bei denen sich Beeinträchtigungen aufgrund der geringen Auswirkungen ausschließen lassen.

Dass i.S.d. Möglichkeit einer Betroffenheit zunächst auch eine Relevanz gegeben sein muss, steht bei der Betrachtung außer Frage.

1.3.2 Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und A_{CEF}/FCS-Maßnahmen

Da Verbotstatbestände im Sinne des § 44 (1) BNatSchG angesichts der individuenbezogenen Schutzregelung sehr schnell durch die Umsetzung eines geplanten Vorhabens erreicht werden können, kommt wirkungsvollen Maßnahmen zur Vermeidung eine besondere Bedeutung zu.

Wirkungsvolle Maßnahmen sind Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (A_{CEF}-Maßnahmen), welche in das Maßnahmenkonzept der Eingriffsregelung zu integrieren sind.

Verbotstatbestände im Sinne des § 44 (1) BNatSchG gelten dann als vermieden, wenn durch das Vorhaben keine vermeidbaren Tötungen stattfinden, der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art nicht verschlechtert wird oder die ökologische Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt.

Vermeidungsmaßnahmen der Eingriffsregelung

Vermeidungsmaßnahmen setzen direkt am Vorhaben an und verhindern die Entstehung von erheblichen Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter des Naturhaushaltes sowie in Bezug auf den Artenschutz. Vermeidungsmaßnahmen dienen somit der Verhinderung von naturschutzrechtlichen Eingriffstatbeständen.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (A_{CEF}-Maßnahmen)

Sofern der Erhalt der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten bei Realisierung von Eingriffen nicht mehr gegeben ist, können nach § 44 (5) BNatSchG bei Bedarf auch Maßnahmen zum vorgezogenen Funktionsausgleich, sogenannte A_{CEF}-Maßnahmen (continuous ecological functionality-measures) einbezogen werden.

Diese sind artspezifische Maßnahmen, die unmittelbar am Bestand der betroffenen Arten ansetzen:

- A_{CEF}-Maßnahmen dienen der Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten und setzen damit unmittelbar am Bestand der geschützten Art an.
- Die Funktion der konkret betroffenen Lebensstätte für die betroffenen Individuen oder die Individuengruppe muss qualitativ und quantitativ erhalten bleiben; die Maßnahme muss in direkter funktionaler Beziehung stehen.
- A_{CEF}-Maßnahmen tragen den Charakter von artspezifischen Vermeidungsmaßnahmen und müssen zum Zeitpunkt des Eingriffs bereits funktionsfähig sein. Die Eignung des Standortes für die Maßnahme ist im Rahmen der Zulassungsentscheidung darzulegen.
- A_{CEF}-Maßnahmen bedürfen einer Wirksamkeitskontrolle, um den Erhalt der ökologischen Funktion zu gewährleisten.

Eine vorgezogene Ausgleichsmaßnahme ist wirksam, wenn:

- die betroffene Lebensstätte mindestens die gleiche Ausdehnung und/oder die gleiche oder eine bessere Qualität aufweist und die betroffene Art die Lebensstätte während und nach dem Eingriff nicht aufgibt oder
- die betroffene Art die neu geschaffene Lebensstätte angenommen hat oder die zeitnahe Besiedlung mit hoher Wahrscheinlichkeit bei Berücksichtigung einschlägiger wissenschaftlicher Erkenntnisse prognostiziert werden kann.

Artspezifische Erhaltungsmaßnahmen (FCS-Maßnahmen)

Artspezifische Erhaltungsmaßnahmen, sogenannte FCS-Maßnahmen (favourable conservation status), sind festzulegen, wenn trotz Vermeidungs- und/oder A_{CEF}-Maßnahme ein Verstoß gegen die Zugriffsverbote vorliegt und die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist. Ziel dieser Maßnahmen ist die Sicherung des günstigen Erhaltungszustandes der Population der betroffenen Art.

1.3.3 Prüfung auf Vorliegen artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände / Abwendung

Prüfung auf Vorliegen artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände

Die artenschutzrechtliche Behandlung beinhaltet die Prüfung auf Vorliegen eines Verbotstatbestandes infolge vorhabensbezogener Wirkfaktoren (siehe Kap. 2.3) i.S.d. Zugriffsverbote gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 BNatSchG, unter Einbeziehung von artspezifischen Vermeidungsmaßnahmen und / oder vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen.

Abwendung

Ein drohender Verstoß gegen ein Verbot gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG bedeutet noch nicht zwingend, dass das Vorhaben unzulässig ist.

Bei Betroffenheit von nur **national geschützten Arten** liegt nach § 44 (5) Satz 5 bei zulässigen Eingriffen kein Verstoß gegen die Zugriffsverbote vor.

Auch bei europäisch geschützten Arten kann geprüft werden, ob ein drohender Verstoß gemäß § 44 Abs. 5 Satz 1 bis 4 BNatSchG abgewendet werden kann.

Bei einer Betroffenheit **europäisch besonders geschützter Arten** gilt eine Handlung nicht als Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, wenn

- die Handlung als Eingriff in Natur und Landschaft nach § 15 BNatSchG zulässig ist und
- die ökologische Funktion der vom Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt ist (es darf zu keinem Zeitpunkt zu einer Verschlechterung der ökologischen Funktion kommen).

Dies gilt ebenfalls für damit verbundene, unvermeidbare Beeinträchtigungen der wild lebenden Tiere für das Tötungs-/Verletzungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (ACEF-Maßnahmen) können in die Beurteilung von Verbotstatbeständen einbezogen werden.

Es liegt nur dann ein Verstoß vor, wenn ein Verbotstatbestand besteht und keine Abwendung gelingt.

Bei Betroffenheit **europäisch streng geschützter Arten** besteht für einen Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BNatSchG dagegen keine Möglichkeit einer Abwendung.

Gemäß § 44 Abs. 5 Satz 5 liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs bzw. Vorhabens bei Betroffenheit anderer besonders geschützter Arten kein Verstoß gegen die Zugriffsverbote vor (keine Abwendung erforderlich).

1.3.4 Voraussetzungen für eine Ausnahme gem. § 45 BNatSchG

Im Einzelfall können nach § 45 Abs. 7 BNatSchG aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art Ausnahmen von den Verboten des § 44 BNatSchG zugelassen werden. Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Population einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weitere gehende Anforderungen enthält.

Dabei können artspezifische Erhaltungsmaßnahmen (FCS-Maßnahmen) Bestandteil der Ausnahmevoraussetzungen sein.

2 Standortbezogene Aussagen und Wirkfaktoren des Vorhabens

2.1 Bestandserfassung Biotop- und Nutzungstypen

Die innerhalb des Geltungsbereiches vorhandenen Biotop- und Nutzungstypen wurden im Rahmen einer Bestandskartierung im Sommer 2022 erfasst. Lage und Abgrenzung der Biotop- und Nutzungstypen sind dem Plan 1 zu entnehmen. Die Kartierung erfolgte anhand der für das Land Brandenburg verbindlichen Kartieranleitung „Biotopkartierung Brandenburg“ (2007) ³.

Nachfolgend sind die im Untersuchungsgebiet erfassten Biotop- und Nutzungstypen aufgelistet. Die nähere Beschreibung der Biotoptypen erfolgt innerhalb der Unterlage zur Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung.

Tab. 1: Biotop- und Nutzungstypen

§ = nach § 18 BbgNatSchAG geschütztes Biotop

(§) = in bestimmten Ausbildungen nach § 18 BbgNatSchAG geschütztes Biotop

§§ = nach § 17 BbgNatSchAG geschützte Allee

Code-Nr.	Buchst.-code	Biotoptyp	ökologische Wertigkeit	Schutz-status
03	R	Anthropogene Rohbodenstandorte und Ruderalfluren		
032 00	RS	Ruderales Pionier-, Gras- und Staudenfluren	gering-mittel	--
05		Gras- und Staudenfluren		
051 11	GMW	Frischweide	mittel	--
07		Laubgebüsche, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Baumgruppen		
0714212	BRRGA	Baumreihe, mehr oder weniger geschlossen und in gesundem Zustand, überwiegend heimische Arten	hoch	--
071 521	BEAH	Sonstige Solitärbäume, heimische Baumart	mittel - hoch	--
071 531	BEGH	Kleine Baumgruppe, heimische Baumart	hoch	--
08		Wälder		
08480	WNK	Kiefernforst	hoch	
09		Äcker		
091 30	LI	Intensiv genutzte Äcker	gering	--
091 30	LB	Ackerbrache*	gering	--
11		Sonderbiotope		
11161	AHU	Steinhaufen, unbeschattet	gering	§
12		Bebaute Gebiete, Verkehrsanlagen und Sonderflächen		
126 51	OVWO	Weg, unbefestigt	gering	--
126 12	OVS	Straße, Asphalt	sehr gering	--

2.2 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Zielstellung des Bebauungsplans „Solarpark Köpernitz Süd-West“ ist die Ausweisung von Sondergebietsflächen für die Aufstellung von Photovoltaikfreiflächenanlagen (PV-FFA) auf Intensivackerschlägen. Für die Flächen zwischen und unter den Solarmodulen ist eine extensive Grünlandnutzung angestrebt.

³ Landesumweltamt Brandenburg (Hrsg.): Biotopkartierung Brandenburg, Stand 2007

2.3 Vorhabensbezogene Wirkfaktoren

Nachstehend erfolgt eine übersichtsmäßige Darstellung der durch das Vorhaben aus artenschutzrechtlicher Sicht relevanten Wirkfaktoren, d.h. i.e.S. die Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere / Pflanzen haben können. Die Auswirkungen werden in zu erwartende bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen unterschieden:

Tab. 1: Vorhabensbezogene Wirkfaktoren auf das Schutzgut Arten / Biotope

BAUBEDINGT
Vorübergehende Flächeninanspruchnahme
<ul style="list-style-type: none"> - temporäre Beeinträchtigung - überwiegende Inanspruchnahme anthropogen vorbelasteter Flächen (intensiver Feldfruchtanbau) - bauzeitliche Inanspruchnahme soll sich auf Flächen beschränken, die im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplans ohnehin beansprucht werden - bei Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen (verdichtete / teil- oder versiegelte Flächen) sind keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten - außerhalb der Bauflächen Schutz zu erhaltender Gehölze - Berücksichtigung des Vorkommens der Zauneidechse durch Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen
Lärm-, Staub-, Schadstoffemissionen, visuelle Störungen während der Bauzeit
<ul style="list-style-type: none"> - mögliche Beeinträchtigung i.V.m. Lärm und optischen Reizauslösern zeitweilig und auf Bauzeit beschränkt - Berücksichtigung bereits anthropogen vorbelasteter Lebensräume (Agrarwirtschaft, Siedlungsnähe) - Beeinträchtigungen möglicher störungsempfindlicher Arten durch Bauzeitenregelung vermeidbar
ANLAGEBEDINGT
Zusätzliche, dauerhafte Flächeninanspruchnahme / Neubau technischer Anlagen
<ul style="list-style-type: none"> - Flächeninanspruchnahme durch Festsetzung von Sondergebietsflächen zur Aufstellung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen - Biotopverlust i.V.m. Versiegelung, ausschließlich Betroffenheit der Ackerfläche - gegenwärtig konventioneller Anbau von Monokulturen → durch veränderte Standortbedingung findet somit keine Verdrängung spezifischer Arten statt
<ul style="list-style-type: none"> - Signifikante Veränderung des Lebensraums für bodenbrütende Vogelarten (Feldlerche) i.V.m. Flächeninanspruchnahme
<ul style="list-style-type: none"> - Beeinträchtigung der Vegetation i.V.m. Überschirmung → Auswirkungen durch Beschattung (signifikante Reduzierung des einfallenden Sonnenlichtes) - Ansiedlung standangepasster Vegetation unter den Modultischen zu erwarten - Veränderung der Niederschlagsverteilung sowie des Bodenwasserhaushalts durch Überschirmung - Veränderung in der Verteilung des Niederschlagswassers, aber keine Reduzierung des natürlichen Feuchtigkeitseintrags → keine Veränderung der Vegetation (z.B. Häufung von Trockenzeigern) zu erwarten
<ul style="list-style-type: none"> - Module als vertikales Hindernis: Risiko einer Kollision für fliegende Tiere (z.B. Vögel, Fledermäuse, Fluginsekten) mit den Modulen unterscheidet sich nicht von dem anderer Hindernisse und ist vernachlässigbar
<ul style="list-style-type: none"> - Barrierewirkung: i.V.m. einer Einzäunung des Geländes steht die Fläche i.d.R. größeren bodengebundenen Tieren nicht als Lebensraum zur Verfügung → Veränderung des Ist-Zustands, da Fläche nicht eingezäunt - Bei geschlossener Vegetationsdecke auf den großflächigen Schlägen ist eine erhöhte Bedeutung als Funktions- und Interaktionsraum gegeben - Wiederkehrende Störungen durch Bewirtschaftung

visuelle Auswirkungen
<ul style="list-style-type: none"> - kein ausgeprägtes Meideverhalten zu erwarten - Verringerung der Eignung als Nisthabitat für Wiesenvogelarten - Störung / Verdrängung von Tierarten durch die Lichtreflexion der Moduloberflächen: <ul style="list-style-type: none"> - Reflexionsverhalten stark abhängig vom Einfallswinkel des Lichtes - für bodengebundene Tierarten keine Beeinträchtigung - Blendwirkung für stationären Beobachter (z.B. brütender Vogel) aufgrund der Sonnenbewegung nur kurzzeitig - derzeit keine belastbaren Hinweise auf erhebliche Beeinträchtigungen von Tieren durch kurze Lichtreflexe (treten auch in der Natur z.B. auf Gewässerflächen regelmäßig auf) - Spiegelung (spiegelnde Oberflächen reflektieren Bilder der Umgebung): <ul style="list-style-type: none"> - erschwerte Wahrnehmbarkeit der Module für Vögel - Risiko für Widerspiegelung von Habitatementen aufgrund der Ausrichtung der Module (i.d.R. 30°) sehr gering → keine erhöhtes Anflug- und Mortalitätsrisiko
Verlust von Gehölzen
<ul style="list-style-type: none"> - Kein Gehölzverlust im Rahmen der Planung zu erwarten
BETRIEBSBEDINGT
Lärmimmissionen und visuelle Störungen
<ul style="list-style-type: none"> - sonstige Emissionen (Schall): <ul style="list-style-type: none"> - keine nachhaltige Entwertung von Lebensräumen zu erwarten
<ul style="list-style-type: none"> - visuelle Störungen siehe auch anlagebedingte Auswirkungen

3 Artvorkommen im Eingriffsraum

Im Sinne einer gezielten Prüfung, inwieweit das Vorhaben erhebliche negative Auswirkungen auf besonders geschützte Arten ausüben kann, wurden zur Feststellung des faunistischen Artenpotenzials Erfassungen und Bewertungen der Lebensraumeignung zu folgenden Artengruppen durchgeführt:

- Brutvögel
- Reptilien (Zauneidechsen)

Die detaillierten Ergebnisse sowie weiterführende Angaben zur Erfassungsmethodik und Auswertung sind dem folgenden Gutachten zu entnehmen:

- K & S - Büro für Freilandbiologie und Umweltgutachten: Erfassung und Bewertung der Brutvögel im Bereich des geplanten Solarparks Köpernitz, August 2021
- Natur + Text GmbH: Solarpark Köpernitz, faunistisches Gutachten, Artengruppe Reptilien, September 2022

Die anhand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse nachgewiesenen Arten sind vollständig innerhalb des Fachkapitels „Fauna“ der Unterlage zur Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung (Kap. 2.2) behandelt.

4 Artenschutzfachliche Behandlung

4.1 Ermittlung der artenschutzfachlich relevanten Arten

Für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft gelten die Zugriffsverbote i.S.d. § 44 (1) Nr. 1 bis 4 BNatSchG für:

- Arten des Anhangs IV der Richtlinie 92/43/EWG
- europäische Vogelarten

Die nachfolgende Prüfung auf Vorliegen bzw. Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG durch das Vorhaben bezieht sich ausschließlich auf die ermittelten, hier artenschutzfachlich relevanten Arten.

Als artenschutzfachlich relevant werden hier die Arten betrachtet, deren Vorkommen im Plangebiet anhand der vorhabenbezogenen faunistischen Untersuchungen nachgewiesen wurden. Dies betrifft konkret die **29 Vogelarten mit Status Brutnachweis und/oder potentieller Brutvogel**. Die Prüfung auf das mögliche Eintreten der Verbotstatbestände erfolgt in Anlage 1.

Weiterhin gelang der Nachweis der streng geschützten **Zauneidechse** im Plangebiet. Die Prüfung auf das mögliche Eintreten der Verbotstatbestände erfolgt in Anlage 1.

Andere Arten /-gruppen wurden hingegen nicht als artenschutzrechtlich relevant herausgestellt, da Beeinträchtigungen im unmittelbaren Vorhabensbereich mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden können.

4.2 Einbeziehung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen

4.2.1 Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Wahrung der Funktion der Lebensstätten

Nachfolgend aufgeführte Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen (Kürzel: **V**) werden in die Beurteilung auf Vorliegen eines Verbotstatbestandes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG einbezogen:

Tab. 2: Artenschutzfachlich relevante Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen

Maßnahmen-Nr.	Maßnahme	Kurzbeschreibung
V 3	Kontrolle auf Vorkommen besonders und streng geschützter Arten	Um die Beeinträchtigungen von besonders und streng geschützten Arten durch die Umsetzung der Bauvorhaben auszuschließen, ist im Vorfeld der Baufeldfreimachung eine Kontrolle auf das Vorkommen jener Arten durch eine sachverständige Person durchzuführen.
V 4	Bauzeitenregelung	Die Baufeldfreimachung ist außerhalb der Brut- und Fortpflanzungszeit von Tieren durchzuführen. Das bedeutet, dass mindestens folgende Zeitbeschränkungen gelten: <ul style="list-style-type: none">• außerhalb der Hauptbrutperiode der ansässigen Bodenbrüter durchzuführen, d.h. nicht in der Zeit vom 01.03. bis 31.08.• außerhalb der Aktivitätsphase der Zauneidechse durchzuführen, d.h. nicht in der Zeit vom 15.03. bis 15.10. Die Baufeldfreimachung ist somit im Zeitraum vom 16.10. bis 29.02. durchzuführen.
V 5	Bodennahe Offenhaltung der Einzäunung	Zur Vermeidung des Lebensraumzugs bzw. der -zerschneidung oder Einpferchung durch Einzäunung des Betriebsgelän-

Maßnahmen-Nr.	Maßnahme	Kurzbeschreibung
		des ist die Zaunanlage so zu gestalten, dass die unteren bodennahen 15–20 cm offengehalten werden und die Passierbarkeit für bodengebundene Tierarten ermöglicht wird.
V 7	Beschränkung für Lagerplätze, Zufahrten und Baustelleneinrichtungen	Es sind Kronentraufbereiche von Bäumen und geschützte Biotope frei von Lagerflächen und Baustelleneinrichtungen zu halten. Es sind gleichfalls keine zusätzlichen Zufahrten / Durchfahrten zwischen den straßenbegleitenden Alleen hindurch anzulegen. Weiterhin sind die Maßnahmenflächen A _{CEF} 1 und 2 weder zu durchfahren noch als Lagerfläche sowie Fläche für Baustelleneinrichtungen zu nutzen.

Eine ausführliche Maßnahmenbeschreibung enthält Kap. 4 der Unterlage zur Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung.

4.2.2 Artspezifische Maßnahmen

Nachfolgend sind artspezifische Maßnahmen (Kürzel: A_{CEF}) aufgeführt, die in die Beurteilung auf Vorliegen eines Eingriffstatbestandes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG einbezogen werden.

Tab. 3: Artspezifische Maßnahmen

Maßnahmen-Nr.	Maßnahme	Kurzbeschreibung
A_{CEF} 1	Anlage und Pflege von Feldvogelstreifen	Extensiv gepflegte standortgerechte Blühwiese auf ca. 35.300 m ²
A_{CEF} 2	Habitatverbessernde Maßnahmen für Zauneidechsen	Aufgrund der bestehenden vorteilhaften Habitatausstattung und der exponierten Lage, soll ein bereits vorhandener Steinhäufen als Zauneidechsenhabitat erhalten und zusätzlich aufgewertet werden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung o.g. Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen bleibt die ökologische Funktionalität potenziell betroffener Lebensstätten weiterhin gesichert.

Eine ausführliche Maßnahmenbeschreibung enthält Kap. 4 der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung.

4.2.3 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen der Eingriffsregelung

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen der Eingriffsregelung können grundsätzlich neben der Ausgleichsfunktion zusätzlich aus artenschutzrechtlicher Sicht eine Verbesserung von Lebensräumen bewirken. Aufgrund des Umsetzungszeitpunktes entsprechen sie jedoch nicht den Anforderungen vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen und finden dadurch keine Berücksichtigung in der artenschutzrechtlichen Behandlung.

Tab. 4: Ausgleichs- / Ersatzmaßnahmen

Maßnahme / Kurzbeschreibung		Umfang
A 1	Extensive Grünlandpflege innerhalb der Sondergebiete	>880.000 m ²

Eine ausführliche Maßnahmenbeschreibung enthält Kap. 4 der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung.

4.3 Prüfung auf artenschutzrechtliche Schädigungs- und Störungsverbote / Abwendung

Die Prüfung auf Vorliegen von Verbotstatbeständen sowie die Darlegungen zur möglichen Abwendung für die relevanten Arten sind der **Anlage 1** zum Artenschutzfachbeitrag zu entnehmen.

4.3.1 Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot)

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Tötung oder Verletzung von Tieren, die nicht im Zusammenhang mit der Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten hervorgerufen werden. Die Prüfung auf Vorliegen des Verbotstatbestandes erfolgt ungeachtet dessen, ob die Handlung unabsichtlich, vorsätzlich oder fahrlässig erfolgt.

Im Rahmen des vorliegenden Vorhabens kann ein baubedingter Tatbestand im Sinne von § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG für die relevanten Vogelarten unter Berücksichtigung individuenbezogener Schutzregelungen wie folgt vermieden werden:

- Brutvogelarten: Im Zuge des Vorhabens sind Bautätigkeiten zur Vermeidung baubedingter Tötungen von nicht flugfähigen Jungtieren bodenbrütender Arten nur außerhalb der Brutzeit durchzuführen. Demnach werden Bautätigkeiten und die Baufeldfreimachung zwischen dem 01.03. und 31.08. untersagt (V 4).
Bautätigkeiten innerhalb der Brutzeit sind nur möglich, wenn eine Besiedlung der Flächen vermieden werden kann. Dies ist möglich, wenn die Bauflächenvorbereitung vor dem 01.03. erfolgt und dann ein durchgängiger Baubetrieb erfolgt.
- Zauneidechse: Im Zuge des Vorhabens sind Bautätigkeiten zur Vermeidung baubedingter Tötungen von Zauneidechsen nur außerhalb der Aktivitätsphase durchzuführen. Demnach werden Bautätigkeiten vom 15.03. bis 15.10. untersagt. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass keine Zauneidechsen in Winterquartieren gefährdet werden.
- Durch anlage- oder betriebsbedingte Wirkungen des vorliegenden Vorhabens ist nicht von einer Tötung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entnahme/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten auszugehen, ein Tatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 liegt somit nicht vor (keine signifikante Erhöhung des allgemeinen Lebensrisikos).

4.3.2 Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Störungsverbot)

Das Verbot bezieht sich im Allgemeinen auf Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten möglicher vorkommender streng geschützter Arten und europäischer Vogelarten, für die eine Störung während der Baufeldfreimachung oder sonstiger bauzeitlicher Flächenbeanspruchung nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann.

Ein Verbotstatbestand liegt nur bei einer erheblichen Störung vor, d.h. wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Punktuelle Störungen, z. B. baubedingte Störungen außerhalb der Brutzeit ohne negativen Einfluss auf die Art, erfüllen nicht den Verbotstatbestand.⁴

- Im hier betrachteten Fall können erhebliche baubedingte Störungen (Baufeldfreimachung) i.V.m. der zeitlichen Steuerung von Bautätigkeiten und Baufeldfreimachung (V 4) wirksam vermieden werden.
- Es kommt weder bau- noch betriebsbedingt zu einer signifikanten, nachhaltigen Verminderung der Überlebenschance des Bruterfolges oder der Reproduktionsfähigkeit potenziell betroffener Arten und damit nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes bzw. nicht zu einer Beeinträchtigung lokaler Populationen.

4.3.3 Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Beschädigungsverbot)

Das Beschädigungsverbot gilt für Lebensstätten besonders geschützter Arten und bezieht sich im vorliegenden Fall auf konkrete Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Artspezifisch ist bei Brutvögeln zu unterscheiden zwischen Arten mit dauerhafter Niststätte, für die der Schutz ganzjährig bzw. mit Aufgabe des Reviers erlischt, und Arten, die ihre Lebensstätten wechseln. Für letztere gilt die Beschädigung der Lebensstätte außerhalb der Nutzungszeit nicht als Verstoß.

Ein Verbotstatbestand liegt ebenfalls nicht vor, wenn die ökologische Funktion der betroffenen Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Eine Lebensstätte gilt nicht nur als beschädigt oder zerstört, wenn diese vernichtet ist, sondern auch, wenn diese nicht mehr dauerhaft besiedelbar ist.

- Brutvögel: In Bezug auf die Avifauna ist davon auszugehen, dass im hier betrachteten Fall anlagebedingt Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Vogelarten mit wechselnden Niststätten und nachgewiesenem Brutrevier betroffen sind.
Für die Brutvögel mit wechselnder Niststätte (Feldlerche) liegt kein Verstoß gegen das Beschädigungsverbot vor, sofern die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutperiode erfolgt (V 4) und Ersatzhabitate geschaffen werden (A_{CEF} 1).

Nahrungs- und Jagdhabitate sowie Flugrouten oder Wanderkorridore unterliegen nicht dem Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3. Nahrungshabitate, die nur unregelmäßig genutzt werden, sind nicht von existenzieller Bedeutung für die Individuen der jeweiligen Art. Mit einer bloßen Verschlechterung der Nahrungssituation läge kein Verbotstatbestand vor. Ein Verbotstatbestand liegt nur dann vor, wenn durch den Verlust des Nahrungshabitats eine erfolgreiche Reproduktion nicht mehr gewährleistet ist.

4.3.4 Verbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG (Beschädigungsverbot Pflanzen)

Innerhalb des Plangebiets wurden im Rahmen der Biotop- und Nutzungstypenkartierung keine besonders geschützten Pflanzen nachgewiesen. Somit besteht mit Umsetzung des Vorhabens zu möglichen Verstößen gegen § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG kein Zusammenhang.

⁴ Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (Hrsg.): Leitfaden Artenschutz in Mecklenburg-Vorpommern, Hauptmodul Planfeststellung / Genehmigung, Büro Froelich & Sporbeck Potsdam, 2010

4.4 Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 (7) BNatSchG

Im Ergebnis der artenschutzfachlichen Behandlung (siehe Kap. 3.3 i.V.m. Anlage 1) ist festzustellen, dass keine Verstöße gegen das Tötungsverbot (§ 44 (1) Nr. 1 BNatSchG) zu erwarten sind. Die Umsetzung von Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sowie vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (A_{CEF}) dient der wirksamen Verhinderung der Entstehung von Verbotstatbeständen des § 44 (1) Nr. 2, 3 BNatSchG und damit der Abwendung von Verbotstatbeständen, so dass die ökologische Funktion der Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang durchgängig und dauerhaft gesichert ist.

Zu möglichen Verstößen gegen § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG besteht hier kein Zusammenhang.

Die Prüfung auf Vorliegen der Ausnahmevoraussetzungen ist damit gem. § 45 (7) BNatSchG nicht erforderlich.

5 Zusammenfassung

Im Ergebnis der Prüfung ist festzustellen, dass mit der Realisierung des Vorhabens keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG auf relevante vorkommende Arten drohen.

Die Umsetzung der dargelegten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sowie A_{CEF}-Maßnahme ist dabei zwingend und dient der wirksamen Verhinderung der Entstehung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-4 BNatSchG und damit der Abwendung von Verbotstatbeständen, sowie der durchgängig und dauerhaften Sicherung der ökologischen Funktionalität der Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang.

Rechtsfolgen zur Bewältigung von Verbotstatbeständen ergeben sich nicht. Eine Ausnahme gemäß § 45 BNatSchG oder eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich.

6 Literatur und Quellen

GESETZE

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege – Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), in Kraft getreten am 01.03.2010 zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.12.2022 (BGBl. I S. 2240) m.W.v. 14.12.2022

Gesetz zur Bereinigung des Brandenburgischen Naturschutzrechts (Brandenburgisches Naturschutz- ausführungsgesetz – BbgNatSchAG), vom 21.01.2013 (GVBl. I/13, [Nr. 3]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.09.2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28]).

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206/7 vom 22.7.92), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013

Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979), zuletzt geändert durch Art. 18 ÄndRL 2009/147/EG vom 30.November 2009 (ABl. 2010 L 20 S. 7)

Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung – BArt-SchV) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, 896), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95)

LITERATUR / DATENGRUNDLAGEN

Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (Hrsg.): Leitfaden Artenschutz in Mecklenburg-Vorpommern, Hauptmodul Planfeststellung / Genehmigung, Büro Froelich & Sporbeck Potsdam, 2010.

Ministerium für Umwelt Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg: Erlass zum Vollzug des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Angaben zum Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in Brandenburg heimischen europäischen Vogelarten, Fassung vom 21. Oktober 2010

Natur + Text: Solarpark Köpenitz – Faunistisches Gutachten, Artengruppe: Reptilien, Dezember 2022

K&S Umweltgutachten: Erfassung und Bewertung der Brutvögel im Bereich des geplanten Solarparks Köpenitz, August 2021

Anlage 1: Prüfung / Abwendung der Verbotstatbestände artenschutzfachlich relevanter Arten / Artengruppen

Legende

-	Vorhaben nicht tatbestandsmäßig i.S.d. § 44 BNatSchG	+	Vorhaben tatbestandsmäßig i.S.d. § 44 BNatSchG
o	kein kausaler Zusammenhang	k.E.	kein Erfordernis

Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie artspezifische Ausgleichsmaßnahmen:

V 3	Kontrolle auf Vorkommen besonders und streng geschützter Arten	ACEF 1	Ansaat und Pflege von Feldvogelstreifen
V 4	Bauzeitenregelung	ACEF 2	Habitatverbessernde Maßnahmen für Zauneidechsen
V 5	Bodennahe Offenhaltung der Einzäunung		
V 6	Beschränkungen für Lagerplätze, Zufahrten und Baustelleneinrichtungen		

Begründung:

- A**
- Vermeidung baubedingter Tötungen i.V.m. **V 3, V 4, V 6** → baubedingt entsteht kein erhöhtes Tötungsrisiko
 - anlage- und betriebsbedingt ist kein erhöhtes Tötungsrisiko zu erwarten
 - es entsteht keine systematische Gefährdung über das allgemeine Lebensrisiko hinaus → **kein Verstoß gegen das Tötungsverbot** nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG
- B**
- Vermeidung baubedingter Störungen i.V.m. **V 3, V 4, V 6**
 - erhebliche anlage- oder betriebsbedingte Störungen aufgrund der Vorbelastung und umgebender Nutzungen (landwirtschaftlicher Betrieb, Siedlungsnähe) nicht zu erwarten
 - bei häufigen und weit verbreiteten Arten führen kleinräumige Störungen einzelner Individuen im Regelfall nicht zu einem Verstoß gegen das Störungsverbot
 - es entsteht keine signifikante, nachhaltige Verminderung des Fortpflanzungserfolges der lokalen Population → **kein Verstoß gegen das Störungsverbot** gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG
- C**
- Vermeidung Verlust / Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten i.V.m. **V 3, V 4, V 6**
 - Bewahrung der Zugänglichkeit des Plangebiets für kleinere bodengebundene Tiere durch **V 5**
 - Berücksichtigung, dass der Schutz der Fortpflanzungsstätten bei Brutvogelarten mit wechselnder Niststätte nach Beendigung der Brutperiode erlischt und / oder bei Arten mit dauerhafter Niststätte mit Aufgabe des Reviers erlischt. Nach Aufgabe des Reviers oder Aufgabe der Fortpflanzungsstätte führt die Zerstörung eines oder mehrerer Einzelnester außerhalb der Brutzeit nicht zur Beeinträchtigung der Fortpflanzungsstätte.
 - Bei Beseitigung von Habitatstrukturen betroffener Bodenbrüter und Brutvögel der Schutthaufen / Freiflächen, bleibt die ökologische Funktion insbesondere i.V.m. **ACEF 1** und ebenfalls **A 1** im räumlichen und funktionalen Zusammenhang weiterhin erhalten.
 - Die Habitatstruktur der Zauneidechse bleibt erhalten und wird i.V.m. **ACEF 2** zusätzlich gesichert und aufgewertet

Artvorkommen	Fortpflanzungsperiode / Bemerkungen / Situation im UG	Verbotstatbestände				Abwendung gem. § 44 (5)	Begründung	Rechtsfolgen (Prüfung auf Aus- nahme oder Befreiung)
		Tötungsverbot gem. § 44 (1) Nr. 1	Störungsverbot gem. § 44 (1) Nr. 2	Beschädigungs- verbot gem. § 44 (1) Nr. 3 (Le- bensstätten)	Beschädigungs- verbot gem. § 44 (1) Nr. 4 (Pflan- zen)			
Brutvogelarten ohne dauerhafte Niststätte (Niststätte wird nach Beendigung der jeweiligen Brutperiode aufgeben)								
<div>- Nest bzw. Nistplatz, sofern kein Nest gebaut wird als Fortpflanzungsstätte gem. § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG geschützt</div> <div>- Schutz erlischt nach Beendigung der jeweiligen Brutperiode</div>								
Feldlerche (<i>Alauda arvensis</i>)	<div>- Bodenbrüter</div> <div>- Brutzeit: A 03 – M 08</div> <div>- RL D: 3 RL Brbg.: 3</div> <div>- BArtSchV: -</div> <div>- 28 Reviere im Bereich der Acker- schläge, überwiegend innerhalb der Baugrenze</div>	+	+	+	○	ja	<div>- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 1, aber Abwendung mit A möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt</div> <div>- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 2, aber Abwendung mit B möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt</div> <div>- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 3, aber Abwendung mit C möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt</div>	keine
Bluthänfling (<i>Carduelis cannabina</i>)	<div>- Freibrüter</div> <div>- Brutzeit: A 04 – A 09</div> <div>- RL D: 3 RL Brbg.: 3</div> <div>- BArtSchV: -</div> <div>- 1 Revier im östlichen Gehölzbe- stand</div> <div>- Revier befindet sich außerhalb des zukünftigen Baufelds; Gehölzrück- schnitte und Fällungen sind im Rah- mend der Baufeldfreimachung vo- raussichtlich nicht notwendig</div>	(-)	+	(-)	○	ja	<div>- kein drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 1, da Revier nicht im Bereich des Baufelds; darüber hinaus Begünstigung durch An- wendung von A</div> <div>- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 2, aber Abwendung mit B möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt</div> <div>- kein drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 3, da Revier nicht im Bereich des Baufelds; darüber hinaus Begünstigung durch An- wendung von C</div>	keine
Neuntöter (<i>Lanius collurio</i>)	<div>- Freibrüter</div> <div>- Brutzeit: E 04 – E 08</div> <div>- RL D: - RL Brbg.: 3</div> <div>- BArtSchV: -</div> <div>- Art des Anhang I der EU-VR</div> <div>- 1 Revier im nördlichen Gehölzbe- stand</div> <div>- Revier befindet sich außerhalb des zukünftigen Baufelds; Gehölzrück- schnitte und Fällungen sind im Rah- mend der Baufeldfreimachung vo- raussichtlich nicht notwendig</div>	(-)	+	(-)	○	ja	<div>- kein drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 1, da Revier nicht im Bereich des Baufelds; darüber hinaus Begünstigung durch An- wendung von A</div> <div>- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 2, aber Abwendung mit B möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt</div> <div>- kein drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 3, da Revier nicht im Bereich des Baufelds; darüber hinaus Begünstigung durch An- wendung von C</div>	keine

Artvorkommen	Fortpflanzungsperiode / Bemerkungen / Situation im UG	Verbotstatbestände				Abwendung gem. § 44 (5)	Begründung	Rechtsfolgen (Prüfung auf Aus- nahme oder Befreiung)
		Tötungsverbot gem. § 44 (1) Nr. 1	Störungsverbot gem. § 44 (1) Nr. 2	Beschädigungs- verbot gem. § 44 (1) Nr. 3 (Le- bensstätten)	Beschädigungs- verbot gem. § 44 (1) Nr. 4 (Pflan- zen)			
Standorttreue Brutvogelarten (i.d.R. erneute Nutzung der Fortpflanzungsstätte in der nächsten Brutperiode)								
<ul style="list-style-type: none">- System mehrerer i.d.R. jährlich abwechselnd genutzter Nester / Nistplätze als Fortpflanzungsstätte gem. § 44 (1) Nr. 3 ganzjährig geschützt- Beeinträchtigung eines oder mehrerer Einzelnester außerhalb der Brutzeit führt nicht zur Beeinträchtigung der Fortpflanzungsstätte- Schutz der Fortpflanzungsstätte erlischt erst mit Aufgabe des Reviers								
Star (Sturnus vulgaris)	<ul style="list-style-type: none">- Höhlenbrüter- Brutzeit: E 02 – A 08- RL D: 3 RL Brbg.: -- BArtSchV: -- 1 Revier im östlichen Gehölzbe- stand- Revier befindet sich außerhalb des zukünftigen Baufelds; Gehölzrück- schnitte und Fällungen sind im Rah- men der Baufeldfreimachung vo- raussichtlich nicht notwendig	-	+	-	○	ja	<ul style="list-style-type: none">- kein drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 1, da Revier nicht im Bereich des Baufelds; darüber hinaus Begünstigung durch An- wendung von A- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 2, aber Abwendung mit B möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt- kein drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 3, da Revier nicht im Bereich des Baufelds; darüber hinaus Begünstigung durch An- wendung von C	keine
Kriechtiere (Reptilien)								
Zauneidechse (Lacerta agilis)	<ul style="list-style-type: none">- Anhang IV-Art der FFH-RL- streng geschützt nach BNatSchG / BArtSchV- RL D: V RL Brbg.: 2- 26 Nachweise im zentralen Plange- biet (Schotterweg)- Nachweise erfolgten außerhalb des zukünftigen Baufelds aber im ggf. vom Baustellenverkehr betroffenen Bereich	+	+	(-)	○	ja	<ul style="list-style-type: none">- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 1, aber Abwendung mit A möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 2, aber Abwendung mit B möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt- drohender Verstoß gegen § 44 (1) Nr. 3, aber Abwendung mit C möglich → Verbotstatbestand nicht erfüllt	keine